

Englische Handelsmaßnahmen gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Vorschläge der Kommissionen.

Die im Jahre 1916 vom englischen Handelsamt eingesetzten Kommissionen, die über die Lage der verschiedenen Handelszweige nach dem Kriege mit Berücksichtigung der internationalen Konkurrenz zu beraten hatten, sind mit ihrer Arbeit fertig und haben nunmehr das Ergebnis derselben in Einzelberichten veröffentlicht. Die Vorschläge der Kommissionen richten sich vielfach gegen die Ausschließung feindlicher Staaten, insbesondere Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, vom Rohstoffbezug.

Aus London, 13. d., wird hierüber telegraphiert:

Die Kommission für die Textilindustrie schlägt sofortige Maßnahmen zur Erhöhung der Baumwollenerzeugung in Indien, Ägypten und im Sudan vor und rät zur Einführung einer Kontrolle über die Ausfuhr ägyptischer Baumwolle, um die Erfordernisse des britischen Reiches und seiner Verbündeten sicherzustellen und die Durchfuhr nach feindlichen Ländern sowie die Aufstapelung auf Rechnung feindlicher Länder zu verhindern.

Die Wollkommission weist auf die vorherrschende Stellung hin, die das britische Reich in der Produktion von Wolle für Kleiderstoffe einnimmt, und schlägt eine baldige Konferenz der Vertreter von Australien, Neuseeland und Südafrika vor, die über die Erfüllung der in den Pariser Resolutionen den Alliierten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen, die Sicherung der britischen Erfordernisse sowie die Ausnützung der Wollvorräte zur Erreichung anderer Vorteile (as means for bargains) verhandeln solle.

Die beiden Kommissionen schlagen vor, für die Dauer des Wiederaufbaues nach dem Kriege die Ausfuhr von besonderen Erlaubnissen abhängig zu machen. Die Ausfuhr nach feindlichen Ländern soll für mindestens ein Jahr nach dem Friedensschluß, und wenn sich das als wünschenswert herausstellen sollte, für längere Zeit verboten, die Ausfuhr nach neutralen Ländern auf diejenigen Mengen beschränkt werden, die nach Befriedigung der Erfordernisse des britischen Reiches und seiner Alliierten noch zur Verfügung stehen.

Ueber den Flachsbau erklärte die Kommission, Deutschland und Oesterreich seien in normalen Zeiten für drei Viertel ihrer Erfordernisse an Flachsbau von den Alliierten abhängig, während die Alliierten über 90 Prozent der Weltproduktion verfügen. Rußland erzeuge zwar am meisten Flachsbau, aber die feinsten Qualitäten werden in Belgien, Irland, Kanada, Indien und in andern Teilen des Reiches gewonnen. Die Kommission empfiehlt auch, daß die Alliierten Maßnahmen treffen sollen, um die Flachsbauproduktion in erster Linie für sich zu reservieren.

In bezug auf Jute schlägt die Kommission vor, daß das Monopol Indiens in der Juteproduktion dazu benutzt werden solle, Großbritannien und den Alliierten eine ausreichende Versorgung mit diesem Faserstoff zu sichern. Die Kommission rät zur Einführung eines Ausfuhrzolles von 5 Pfund Sterling pro Tonne für Rohjute aus Indien nach allen Bestimmungsorten, Rückerstattung dieses Zolles für Jute, die nach Großbritannien oder den alliierten Ländern geht, und teilweise Rückerstattung an Käufer in neutralen Ländern, die entsprechende Gegenkonzessionen machen.

Bezüglich der Textilindustrie empfiehlt die Kommission Regierungsmaßnahmen, durch die die Baumwollindustrie in Großbritannien von der ausländischen Zufuhr von wichtigen Artikeln für diese Industrie unabhängig gemacht werden solle. Was die Ausfuhr von Textilmaschinen betrifft, so ist ein System von Prioritätszertifikaten für eine

hinreichende Zeit nach dem Kriege zugunsten der Erfordernisse der britischen Textilfabriken und der ausgeplünderten Alliierten einzuführen. Bezüglich der Einfuhr fertiger Textilprodukte schlägt die Kommission die Aufstellung besonderer Tarife für die Einfuhr aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn für eine solche Zeitdauer vor, wie sie vom Standpunkt einer nationalen Politik wünschenswert wäre. Die Kommission schlägt außerdem vor, daß zwischen den Alliierten und den Neutralen zugunsten der ersteren ein Unterschied gemacht werde. Für Seidenware zum Beispiel werde ein Tarif von 15 Prozent ad valorem und für Neutrale von 20 bis 25 Prozent, je nach den gegenseitigen Abmachungen, vorgeschlagen. Für feindliche Länder werden 40 Prozent in Vorschlag gebracht. Die Kommission empfiehlt außerdem der Gesetzgebung Maßnahmen zur Verhinderung der Ueberschwenkung des Marktes mit billigen Artikeln nach dem Muster der Vereinigten Staaten. Den Einfuhren aus den britischen überseeischen Dominions von zollpflichtigen Artikeln sollte eine Vorzugsbehandlung zugestanden werden.

Die Kommission für Eisen- und Stahlindustrie empfiehlt unter andern, daß alle Einfuhr von fertigen oder halbfertigen Eisen- und Stahlfabrikaten aus den jetzigen feindlichen Ländern für die Dauer der Uebergangswirtschaft verboten werden soll, daß Erze und Mineralien, die für die Erzeugung von Eisen und Stahl notwendig sind, frei zugelassen werden sollen und daß alle andern Mineralien, die für die Erzeugung von Eisen und Stahl notwendig sind, nur im unverarbeiteten Zustande zugelassen werden sollen. Ferner schlägt die Kommission vor, daß den jetzigen feindlichen Ländern keine Rohmaterialien aus den britischen Dominions oder Kolonien oder aus andern Mineralquellen unter britischer Kontrolle geliefert werden sollen. Britische Schiffe sollen weder Rohmaterial noch fertige Eisen- oder Stahlwaren von neutralen Häfen nach Häfen der jetzigen feindlichen Länder verfrachten; außerdem soll die Regierung die Frage sorgfältig erwägen, ob den Schiffen der jetzigen feindlichen Länder gestattet werden soll, Waren nach oder von britischen Häfen zu befördern oder in britischen Kohlenstationen Kohlen einzunehmen. Innerhalb des Reiches sollen keinem Ausländer und keiner ausländischen Gesellschaft ohne Zustimmung der Regierung Bergbaukonzessionen erteilt werden. Die Dominions sollen aufgefordert werden, eine ähnliche Politik zu befolgen. Es soll eine entsprechende wirtschaftliche Beaufsichtigung eingerichtet werden. Außerdem schlägt die Kommission noch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen vor, die sie im Interesse der britischen Eisen- und Stahlindustrie für notwendig erachtet.

Die Berichte der Kommission für Maschinenbauindustrie und für elektrische Industrie enthalten ähnliche Ratschläge. Für die Maschinenbauindustrie wird die Einfuhr von Einfuhrzöllen, die allmählich herabgesetzt werden sollen, auf die Einfuhr von Erzeugnissen aus den jetzigen feindlichen Ländern in Vorschlag gebracht.